Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nr. 6638 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich:
Max Scharre in Halle.

[Fernsprecher: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 176.]

Saale-Zeitung.

Vierunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unsern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pf.
Erscheint wochentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 423. Halle a. d. Saale, Montag, den 10. September **1900.**

Die Gewerbeinspektion für die Provinz Sachsen im Jahre 1899.

II. [Nachdruck verboten.]

Ueber die Frauenarbeit in den Fabriken besagt der Bericht des Gewerberaths für den Regierungsbezirk Magdeburg, daß in dem letzteren umfassenden Inspektionsbezirk die Zahl der in Fabriken arbeitenden verheiratheten Frauen 2680 betrug und von der 10,402 betragenden Gesammtzahl der Fabrikarbeiterinnen 25,8 Prozent, also etwa ein Viertel, und 2,97 Proz. der gesammten in den Fabriken arbeitenden Bevölkerung ausmacht. Von den 2680 Frauen lebten mit dem Manne 69,1 Proz., vom Manne getrennt oder ehelos leben 7 Proz., 2,5 Proz. der Frauen waren geschieden und 21,3 Proz. verwittwet. Bei ca. 30,7 Proz. aller in den Fabriken beschäftigten Frauen fehlte somit ein Ernährer für die Familie und die Frau. Nur 507 Frauen, d. h. 18,9 Proz. der Gesammtzahl, sind sofort nach Verlassen der Schule in die Fabrik gegangen und haben als Fabrikarbeiterinnen geheirathet. Der weitaus größte Theil der Frauen jedoch, 37,2 Proz., sind solche, die als Mädchen in einem Haushalte thätig waren. Selbstverständlich sind nicht alle Frauen dieser Gruppe erst als Frauen Fabrikarbeiterinnen geworden; ein bedeutender Bruchtheil hat vielmehr bereits als Mädchen den Beruf gewechselt. Die von den Frauen selbst angegebenen Gründe für die Fabrikbeschäftigung lassen in den allermeisten Fällen darauf hinaus, daß die wirthschaftliche Nothwendigkeit sie zu dieser Arbeit treibt; nur ein geringer Prozentsatz hat den Wunsch nach besserem Leben oder Ersparnissen als Motiv angegeben. Nicht selten sind auch Schulden, die zu Anfang der Ehe bei der Einrichtung usw. gemacht wurden, die Veranlassung, daß die Frau in die Fabrik geht. Was die Arbeitszeit anlangt, so wird die zugelassene Maximalarbeitszeit von 11 Stunden in dem Bezirk nur von 411 Frauen, d. i. 15,3 Proz. der Gesammtzahl, geleistet. 73,1 Proz. aller Frauen werden 10 Stunden und weniger, 22,4 Proz. 9 Stunden und weniger beschäftigt. Die durchschnittliche tägliche Arbeit ergiebt sich zu 9,73 Stunden.

Bei den Beschäftigungsarten der Frauen, die in dem Aufsichtsbezirke Magdeburg gebräuchlich sind, sind, wie der Bericht sagt, besondere gesundheitsschädliche Nachtheile nicht bemerkt worden. Auch der Einfluß der Fabrikarbeit auf die Frau in sittlicher Beziehung ist nach dem Bericht des Magdeburger Gewerberaths nicht entfernt so groß wie der Einfluß auf die Mädchen, namentlich die frühzeitig in die Fabrikbeschäftigung eintretenden. Daß das mütterliche Gefühl der Frauen gegen ihre Kinder durch das ständige Fernsein vom Hause abgestumpft wird, bestreitet der Bericht, der freilich anerkennt, daß in dem Mangel einer ordentlichen Kindererziehung, sowie in der Einwirkung der Fabrikarbeit der Frau auf das gesammte häusliche und Familienleben die wesentlichen Schäden dieser Arbeit liegen. Nach den Ermittlungen der Aufsichtsbeamten kommen auf jede in die Fabrik gehende Frau durchschnittlich 1,55 Kinder im Haushalt, eine Zahl, die unerwartet niedrig ist. Läßt man die schulentlassenen Kinder außer Betracht, so kommen gar nur 1,18 Kinder durchschnittlich auf eine Frau. Für 77 Proz. der Gesammtzahl der Kinder war eine Aufsicht irgendwelcher Art vorhanden. Nur 8,4 Proz. der Kinder wurden in Kinderbewahranstalten beaufsichtigt. Andererseits ist die Sterblichkeit der Fabrikarbeiterkinder recht bedeutend.

Der Bericht des Magdeburger Gewerberaths kommt zu folgendem Schlusse: „Es dürfte nicht zu rechtfertigen sein, die Frauen, die ein Hauswesen zu besorgen haben — und das trifft bei fast allen zu — von der Fabrikbeschäftigung auszuschließen. Da die Noth diese Frauen zwingt, zum Unterhalte der Familie etwas zu verdienen, so wäre es geradezu grausam, ihnen eine Erwerbsthätigkeit zu untersagen, die sich ihnen vielfach als einzige darbietet . . . Da besondere gesundheitliche Schäden bei den in dem Bezirke vorkommenden Industrien nicht nachgewiesen sind, so liegt auch kein Grund weder zum Ausschlusse der Frauen aus einzelnen Industriezweigen vor, noch zur Forderung der Beibringung ärztlicher Zeugnisse für die Zulassung. Will man die üblen Wirkungen, welche die Fabrikarbeit der Frau für den Haushalt mit sich bringt, einschränken, so würde sich eine Herabsetzung der Grenze für die zulässige tägliche Arbeitszeit empfehlen, die aber nicht allein für die verheiratheten, sondern für alle Arbeiterinnen stattfinden müßte, wenn sie nicht gegen das Interesse der Frau wirken und letztere benachtheiligen soll. Ebenso dürfte sich die Festsetzung einer längeren als einstündigen Mittagspause gleichfalls für alle Arbeiterinnen wohl empfehlen. Die Wirkung eines gänzlichen Verbotes der Fabrikbeschäftigung verheiratheter Frauen würde vielfach geradezu die Existenz der davon betreffenen Familien in Frage stellen, wenn es den Frauen nicht gelingt, anderweit Beschäftigung zu finden. Letzteres wird auf dem Lande und in den kleineren Städten möglich sein, wo die Landwirthschaft die Frau gerne aufnähme; indessen würden dabei die besseren geschickteren Arbeiterinnen in pekuniärer Hinsicht, die älteren außerdem noch in sanitärer Beziehung einen schlechten Tausch machen, und dabei würde hinsichtlich der Fürsorge für die Familien bei der intensiveren Art, wie die Landwirthschaft hier betrieben wird, nicht einmal ein nennenswerther Vortheil erzielt werden können. In den größeren Städten dagegen würde die Einschränkung der Fabrikarbeit das Angebot von Frauen für Wirthschaftsarbeit derart vermehren, daß der Preis dieser Arbeiten stark sinken müßte. Hauptsächlich aber würde die Hausindustrie mit all ihren elenden Begleiterscheinungen aufwuchern. . . Daß die Neigung der Männer, in den Ehestand zu treten, durch ein Verbot oder eine Beschränkung der Fabrikarbeit der Frauen vermindert werden würde, ist nicht anzunehmen. . . . Von den Unternehmern würde ein Verbot der Frauenarbeit nicht sonderlich empfunden werden. Da die Zahl der in Betracht kommenden Frauen, der mit dem Manne lebenden, nur 2 Proz. der gesammten Arbeiterschaft der Fabriken beträgt, so würde sich bald Ersatz schaffen lassen. Nur in der Textilindustrie des Bezirkes würde eine solche Maßnahme schmerzlich berühren und hier wahrscheinlich den Untergang mancher in traurige Lage befindlichen Betriebe beschleunigen. . . . Eine Besserung der sittlichen und wirthschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterbevölkerung bedingt in erster Linie eine bessere Erziehung und Ausbildung der künftigen Frau des Arbeiters. Soll sich diese die zur Führung eines ordentlichen Haushalts nöthigen Kenntnisse und Fähigkeiten erwerben, so darf man ihr nicht gestatten, sofort nach Verlassen der Schule die Beschäftigung in der Fabrik aufzunehmen, womit erfahrungsmäßig trotz Haushaltungsschulen u. dgl. jede weitere Fortbildung aufhört. . . . Ich würde es für erwünscht halten, die Beschäftigung von Mädchen unter 16 Jahren in Fabriken überhaupt zu verbieten, würde sogar kein Bedenken haben, wenn die Altersgrenze noch höher hinaufgerückt würde."

Was die Ergebnisse der Inspektion im Regierungsbezirk Magdeburg im allgemeinen anbetrifft, so unterstanden dieser Inspektion im abgelaufenen Jahre 5817 gewerbliche Anlagen (außer Bäckereibetrieben) mit insgesammt 92,489 Arbeitern. Es wurden gegen das Vorjahr 533 männliche und 80 weibliche, zusammen 613 jugendliche Arbeiter, mehr beschäftigt, was einer Zunahme um 13,8 Proz. entspricht, an der die männlichen Arbeiter mit 15,4 Proz., die weiblichen mit 8,13 Proz. betheiligt sind. Dieser Zuwachs, der namentlich auf die stark vertretene Maschinenindustrie entfällt, ist, wie der Bericht sagt, außerordentlich groß, besonders wenn man dagegen hält, daß die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter sich nur um 4,9 Proz., die der erwachsenen weiblichen um 2,75 Proz. vermehrt hat. Er erklärt sich aus der immer größer werdenden Schwierigkeit, bei dem flotten Geschäftsgange die erforderlichen Arbeitskräfte zu beschaffen. Bei dem Mangel an erwachsenen Arbeitern sucht man sich durch die vermehrte Einstellung jugendlicher Kräfte zu helfen. Die festgestellten Uebertretungen von Bestimmungen über den Schutz jugendlicher Arbeiter betrafen zumeist Vorschriften normaler Natur. Dagegen werden Klagen über Unbotmäßigkeit und Zuchtlosigkeit der jugendlichen Arbeiter in zunehmendem Maße laut. Selbst die wohlwollendsten Arbeiter sind deshalb, heißt es in dem Berichte, den Anregungen hinsichtlich der Wohlfahrtspflege für die jüngeren Arbeiter fast unzugänglich. Arbeiterinnen wurden 9358 beschäftigt, was einer Zunahme um 2,75 Proz. entspricht. Die Zahl der ermittelten Zuwiderhandlungen gegen Schutzgesetze, betreffend die Arbeiterinnen, ist unerheblich; es sind solche nur in 12 Betrieben festgestellt worden, und zwar betrafen die meisten Fälle die Beschäftigung an Sonnabenden. Die Zunahme der erwachsenen männlichen Arbeiter betrug 4,9 Proz. Arbeitermangel in Verbindung mit den für die vermehrte Produktion nicht ausreichenden Einrichtungen hat besonders in der Maschinenindustrie dazu geführt, die tägliche Arbeitszeit durch Ueberstunden zu verlängern, für einzelne Betriebsabtheilungen zur besseren Ausnutzung der Arbeitsmaschinen auch Tag- und Nachtbetrieb einzurichten, wobei allerdings hin und wieder den einzelnen Arbeitern zu viel zugemuthet wurde. Wegen Uebertretungen der Vorschriften der Sonntagsruhe wurden durch die Gewerbeaufsichtsbeamten nur drei Bestrafungen veranlaßt. Andererseits haben sich die Klagen der Arbeitgeber über Vertragsbruch der Arbeiter vermehrt. Was die Arbeiteraustauschsache anlangt, so scheint es, als sollten nach vielen vergeblichen Versuchen die Bemühungen der Gewerbeaufsichtsbeamten um die Bildung von solchen Ausschüssen jetzt einigen Erfolg haben. Unfälle wurden 5513 gemeldet, gegen 4822 im Vorjahre, also 619 oder 14,3 Prozent mehr. Es scheint außer Zweifel zu sein, daß die Zahl der Unfälle erheblich mehr zugenommen hat, als die Zahl der beschäftigten Arbeiter. Ein bedeutender Rückgang hat dagegen bei den schweren Unfällen, die eine Erwerbsunfähigkeit von mehr als 13 Wochen zur Folge haben und bei den tödtlich verlaufenden stattgefunden; es wurden nur 180 schwere Unfälle und 37 mit tödtlichem Ausgange gemeldet gegen 250 und 54 im Jahre zuvor. Der Bericht hebt den Mangel an guten und preiswerthen Wohnungen hervor. Derselbe ist in den Städten mit reger Entwickelung der Industrie geradezu bedenklich geworden, vor allem in Magdeburg und Aschersleben.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

* Das Kaiserpaar gab am Sonnabend nach Beendigung der Parade über das 2. Armeecorps im stettiner Stadtschloß eine Paradetafel, an der sämmtliche Mitglieder des königlichen Hauses, Fürstlichkeiten, fremdländischen Offiziere und die Generalität, sowie die Commandeure der Regimenter theilnahmen. Der Kaiser brachte einen Trinkspruch auf das 2. Armeecorps aus. Nach der Tafel fand großer Zapfenstreich statt. Am Sonntag nachmittag nahmen der Kaiser und die Kaiserin sammt ihrem Gefolge an einem Feldgottesdienst im Hof der Kaserne des Grenadier-Regiments „König Friedrich Wilhelm IV." (1. Pommersches Nr. 2) theil, nach dem der Kaiser das Frühstück im Kasino des Regiments einnahm, während die Kaiserin den Offizieren des Kürassier-Regiments „Königin" im Schlosse ein Frühstück gab.

* Erzherzog Franz Ferdinand von Oesterreich traf mit dem Feldmarschall-Leutnant Grafen Nostitz und dem Flügel-Adjutanten Major v. Kraus-Elislago gestern vormittag zur Theilnahme an den Kaisermanövern in Stettin ein. Auf dem Bahnsteig, auf dem eine Ehren-Compagnie aufgestellt war, waren der Oberpräsident, das militärische Gefolge des Kaisers, der österreichische Militär-Attaché, sowie die zum Ehrendienst kommandirten Herren, mit dem Prinzen zu Salm-Horstmar an der Spitze erschienen. Ferner erschienen Prinz Albrecht von Preußen in österreichischer Dragoneruniform, sowie die übrigen in Stettin anwesenden Prinzen und der Herzog zu Schleswig-Holstein, der kurz zuvor eingetroffen war. Der Kaiser, in österreichischer Generalsuniform, begrüßte den Erzherzog in herzlichster Weise, schritt mit ihm die Front der Ehren-Compagnie entlang und nahm den Vorbeimarsch ab. Hierauf fuhr der Kaiser mit dem Großherzog, eskortirt von Kürassieren des Regiments „Königin", unter lebhaften Begrüßungen der Volksmenge zum Schlosse, wo der Gast von der Kaiserin begrüßt wurde.

* Der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe ist gestern früh nach Berlin zurückgekehrt.

Regierung und Reichstag.

Die fortgesetzt in der Presse aller Schattirungen auftauchenden Bedenken gegen das Uebergehen des Reichstags in der Chinafrage veranlassen die Regierung wieder einmal, ihren gegenwärtigen Standpunkt der Frage der Einberufung des Reichstags gegenüber zu präzisiren. Durch Vermittelung einer dem Auswärtigen Amt nahestehenden und gut unterrichteten offiziösen Feder gehen uns darüber folgende Darlegungen zu:

„Seit Mitte August hat sich in der Feststellung der finanziellen Situation nicht bedeutend viel geändert, obgleich die politisch-diplomatische und militärische Lage wesentliche Fortschritte gemacht haben. Durch die Expedirung und Aussendung neuer Truppentheile nach China haben starke finanzielle Opfer gebracht werden müssen. Um so mehr ist die vorläufige finanzielle Ueberlegenheit erschwert worden. Erst allmälig wird das Reichsschatzamt, dessen Chef vor kurzem vom Urlaub zurückgekehrt ist und die Amtsgeschäfte wieder übernommen hat, in die Lage sich versetzt sehen, die Kosten der Chinaexpedition auch nur überschläglich berechnen zu können. Es wird noch geraume Zeit vergehen, bis der Chinakredit etats- und rechnungsmäßig wird festgestellt sein. Unter diesen Umständen kann doch wohl davon keine Rede sein, daß für den Zusammentritt des Reichstags bereits ein bestimmter Tag in Aussicht genommen worden ist; die Nennung von Daten eilt den Thatsachen zu sehr voraus. Nach unseren aus Regierungskreisen geschöpften Informationen ist nach der augenblicklichen Lage noch nicht als feststehend zu erachten, daß der Oktober für die Tagung des Reichstags in Frage kommen dürfte. Nur in dem Punkte werden die Wünsche der maßgebenden Faktoren zusammenlaufen, daß man eine außerordentliche Tagung des Reichstags vermeiden will. Wenn diese Auffassung beibehalten wird, wird der Reichstag auf keinen Fall zur ordentlichen Tagung im Oktober eröffnet werden können. Zum Oktober würde die Reichsregierung nur mit fast leeren Händen vor den Reichstag treten können, da in der kurzen Zeit nicht genug legislatives Material herbeigeschafft werden kann. In den Reichsämtern, die bis zum Schlusse der vorigen Tagung überlastet waren, fängt man jetzt, nachdem sie die ersehnte Ruhezeit im Sommer genossen haben, stramm zu arbeiten an und die Vorbereitungen für die Wintercampagne zu fördern.

Unmögliches ist nicht zu verlangen — ultra posse nemo obligatur! An den verfassungsmäßigen Rechten des Reichstages soll um keinen Preis gerüttelt werden — dafür steht die Reichsregierung wie ein Mann ein — wenn die Zeit gekommen ist, wird dem Reichstage volles Vertrauen entgegengebracht und klar Rechenschaft abgelegt werden."

Also das alte Rezept: Ruhig Blut und abwarten. An den verfassungsmäßigen Rechten des Reichstages soll nicht gerüttelt und ihm volles Vertrauen entgegengebracht werden — d. h. das Vertrauen kommt erst dann, wenn die Ereignisse, um derentwillen der Reichstag zu hören gewesen wäre, ihren Lauf genommen haben und die Volksvertretung sich, da Geschehenes nicht ungeschehen gemacht werden kann, dazu wohl oder übel verstehen muß, Ja und Amen zu dem Vorgehen der Regierung zu sagen. Wie man da von der Wahrung der Rechte des Reichstags reden kann, das ist Geheimniß des Offiziosenthums, das ein besonderes Geschick darin besitzt, das Gegentheil von dem zu beweisen, was es beweisen soll und will. Die Ankündigung, daß die Zusammenberufung des Reichstages auf keinen Fall vor der herkömmlichen Zeit zu erwarten sei, läßt vermuthen, daß im Auswärtigen Amt bezüglich Chinas noch immer nicht ganz klar gesehen wird; wie man im Volke darüber denkt, wird Herr v. Bülow bald genug erfahren.

Ueber die Stellungnahme des Staatsministeriums zur Kohlennoth

bringt die amtliche „Berl. Korresp." in einer am Sonnabendabend erschienenen Sonderausgabe folgende erschöpfende Darlegungen:

Die letzte Sitzung des Staatsministeriums beschäftigte sich mit der Deckung des inländischen Kohlenbedarfs. Es konnte festgestellt werden, daß die Leistungen der einheimischen Kohlenreviere sich erheblich gesteigert haben, so daß in den ersten Sechs Monaten des laufenden Jahres 4,8 Millionen Tonnen mehr als in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres zur Verfügung gestellt worden sind. Es ist dies gleichbedeutend mit einer Mehrleistung von 9,7 v. H. Die Kohlenförderung würde sogar noch eine weitere Steigerung erfahren haben, wenn nicht der überall hervortretende Mangel an Arbeitskräften eine entsprechende Vermehrung der Belegschaft verhindert hätte. Allerdings war zu Beginn des Jahres der Kohlenbestand der Läger und Handler stark erschöpft, so daß die Wiederergänzung derselben und die Ansammlung von Vorräthen bei den einzelnen Verbrauchern von vornherein bedeutende Mengen in Anspruch nahmen. Auch ist die Einfuhr böhmischer Braunkohle infolge der Arbeiterausstände um mehr als 1,000,000 t zurückgeblieben, ein Ausfall, der für bestimmte Theile Deutschlands besonders schwerwiegend empfunden wird. Wäre dieser Umstand nicht eingetreten, so würde die Bilanz zwischen Ausfuhr und Einfuhr von Kohle in diesem Jahre fast genau dieselbe wie im vorigen Jahre gewesen sein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000910012/fragment/page=0001

Wenn somit auch dem inländischen Verbrauch in dem laufenden Jahre eine sehr viel größere Menge Kohlen zur Verfügung gestanden hat, so hat es doch bisher nicht vermieden werden können, daß bei der Unterverthellung des Brennmaterials an die Verbraucher, namentlich durch eine sachlich ungerechtfertigte Preistreiberei, Mißstände eingetreten sind, die insbesondere von dem Kleinverbraucher drückend empfunden werden. Zur wirksamen Bekämpfung solcher künstlicher, das Allgemeinwohl schädigender Erscheinungen würde eine weitere Steigerung der Einfuhr ausländischer Kohle dienen. Das Staatsministerium hat daher beschlossen, diese Einfuhr durch Herabsetzung der Eisenbahntarife auf den preußischen Staatsbahnen zu erleichtern. Zu dem Zwecke soll für die Dauer der gegenwärtig auf dem Kohlenmarkte herrschenden Verhältnisse — mindestens aber für zwei Jahre — der Rohtoffatarif verallgemeinert werden. Im Bereich der preußischen Staatsbahnen wird diese Maßregel sogleich zur Durchführung kommen können, während im direkten Verkehr mit anderen Eisenbahnen zunächst mit diesen zu verhandeln sein wird.

Was die Vertheilung der Kohlen unter die verschiedenen Kreise der Verbraucher betrifft, so wird vielfach Klage darüber geführt, daß der Vertrieb der oberschlesischen Kohlen vornehmlich durch den Großhandel erfolgt, und man hat von den fiskalischen Werken Abhilfe verlangt. Um die Möglichkeit und die Grenze einer etwaigen Einschränkung des Großhandels durch Maßnahmen der fiskalischen Werke richtig würdigen zu können, sind nachstehende Ziffern zu beachten:

Der Gesammtabsatz an oberschlesischer Kohle im Jahre 1899 beliefsich auf rund 21,760,000 t, davon entfielen auf die staatlichen Gruben 4,739,000 t, auf die Privatgruben 17,021,000 t. Während die Produktion der Privatgruben seit jeher zum überwiegend größeren Theil an die Großhändler abgegeben wird, sind von den Staatsgruben für das laufende Rechnungsjahr an Großhändler im ganzen 1,147,500 t vergeben worden. Hiervon sind nach vertragsmäßigem Vorbehalt 10 v. H. gekürzt worden, so daß 1,038,750 t verbleiben, also etwas mehr als 1/5 des fiskalischen, d. i. etwa 1/20 des gesammten oberschlesischen Absatzes. Unter den an die Händler im Jahre 1899 vergebenen Mengen fanden sich über 70 v. H. kleine Sorten, die zum Hausbrand nicht geeignet sind und auch sonst wegen ihrer geringen Lagerfähigkeit und ihrer geringeren Heizkraft schwierger abzusetzen sind als grobe Sorten.

Von den Großhändlern erhalten nach Abzug der vorerwähnten Kürzung von 10 v. H.:

Caesar Wollheim, Berlin	652,500 t
C. Königer, Wien, u. C. Wollheim	135,000 „
F. Grobe & Co., Berlin	112,500 „
Ollendorff & Co., Breslau . . .	60,000 „
E. Friedländer & Co., Berlin . .	67,500 „
Dzialas, Zielkursch & Co., Breslau	11,250 „

Von den Großhändlern beziehen zahlreiche Konsumenten (Brauereien, Brennereien, Zuckerfabriken, Gasanstalten und sonstige Betriebe aller Art), welche ebensowohl direkt bei der Centralverwaltung der Staatswerke in Zabrze bestellen könnten, es aber vorziehen, durch die Händler zu beziehen, weil ihnen diese hinsichtlich der Zahlungsbedingungen und der Modalitäten der Lieferung Erleichterungen gewähren, die die staatliche Verwaltung nicht gewähren kann.

Der weitaus größte Theil der Kohlen aus den Staatsgruben in Oberschlesien wird durch die Centralverwaltung in Zabrze an die Konsumenten unmittelbar abgesetzt, und zwar zu den jeweiligen Tagespreisen, auf die jedoch bei einer Jahresabnahme von

1,000 bis	3,000	t ein Rabatt von	10	Pf. für die	t
3,000 „	25,000	„ „ „	20	„ „ „	„
25,000 „	50,000	„ „ „	30	„ „ „	„
über	50,000	„ „ „	40	„ „ „	„

gewährt wird.

Für die Großhändler gelten dieselben Preise, für die staatlichen Verwaltungen bestehen besondere Preisvereinbarungen.

Die Abstoßung der Großhändler würde nur den Effekt haben, etwas über 1 Mill. Tonnen — einschl. der für den Hausbrand nicht geeigneten Mengen — für die direkte Versorgung anderer Konsumenten als derjenigen, die bisher von den Großhändlern bezogen haben, verfügbar zu machen.

Die Einrichtung staatlicher Verkaufsstellen in den einzelnen Konsumtionsgebieten, die nöthig sein würde, um die Thätigkeit der Großhändler bei dem Vertrieb der Kohlen zu ersetzen, würde einen Kostenaufwand bedingen, der voraussichtlich den Rabatt der Händler (bis zu 40 Pf. pro Tonne oder 2 Pf. pro Centner) um ein Mehrfaches überstiege. Eine solche Maßregel würde aber außerdem den Staat eines wichtigen Vortheils berauben, der darin besteht, daß die Großhändler bei ungünstiger Konjunktur auch ein etwaiges Plus der Förderung, für das sonst schwer Absatz zu finden ist, übernehmen, und daß ihnen andererseits bei verstärkter Nachfrage ein etwaiges Minus der Förderung gekürzt werden kann. Für den Vertrieb der Kohlen ins Ausland, der in normalen Zeiten nicht zu entbehren ist, wäre übrigens der Staat der Vermittelung der Großhändler nicht entbehren können.

Unter den an die Großhändler abgegebenen Mengen befindet sich fast der ganze Absatz der staatlichen Gruben ins Ausland, der gegenwärtig noch nicht 10 Proz. des fiskalischen Absatzes beträgt. Hauptsächlich sind es dort Gasanstalten und in deutschen Händen befindliche industrielle Betriebe, die Kohlen aus diesen Gruben erhalten.

Ueber die Frage einer planmäßigen Betheiligung von Genossenschaften und organisirten Konsumentengruppen bei Abgabe fiskalischer Kohlen schweben Erörterungen unter den betheiligten Ressorts.

Politisches.

* **Ueber die Stettiner Kaiserrede**, bezüglich deren übrigens wiederum zwei von einander abweichende Versionen umlaufen, äußern sich die Londoner Blätter mit Genugthuung. „Daily Telegraph" schreibt, die Rede sei bedeutsam wegen ihrer Ruhe und Zuversichtlichkeit und der Neigung, das Beste zu hoffen.

„Wenn der Mann, der vor allen anderen die Sturmglocke des Krieges geläutet hat, seine Ueberzeugung wiederholt, daß die Schritte, die er ergriffen hat, ihn zum Ziele führen werden, keine Besorgniß hinsichtlich der Zukunft hegt, so mögen wir zweier Dinge gewiß sein: daß er sich über das, was zu thun ist, schlüssig gemacht hat, und daß er nicht in der Laune ist, sich von seiner Aufgabe ablenken zu lassen. Beide Punkte sind wichtig unter den gegenwärtigen Umständen; wir wissen, daß Deutschland mehr Grund als jede andere Nation hat, Wiedervergeltung gegen die Chinesen zu üben. Wenn dem ersten Impuls zur Rache der feste Entschluß folgt, die schuldigen Urheber des ruchlosen Verbrechens ihre Missethaten voll büßen zu lassen, so ist es klar, daß jedenfalls Berlin nicht daran denkt, Peking seinen Fingern entschlüpfen zu lassen. Die überlieferte Freundschaft mit Rußland wird durch die jüngsten Zwischenfälle nicht gebrochen; gleichwohl wird ihr nicht gestattet werden, das, was der Kaiser zu erreichen wünscht, zu ändern."

Gegen diese Auffassung im allgemeinen läßt sich nichts geltend machen; ob das Verhältniß zu Rußland aber in Wirklichkeit nicht durch die im übrigen gerechtfertigte Stellung, welche Deutschland der russischen Aktion gegenüber einnimmt, ungünstig tangirt wird, muß die Zukunft lehren.

* **Was der Landwirthschaft noth thut**, legte auf dem Jahresfest des landwirthschaftlichen Kreisvereins Hattingen der Regierungspräsident Winzer aus Arnsberg dar, indem er ausführte, die Lage der Landwirthschaft sei allerdings nicht besonders günstig, denn was nutze der fruchtbarste Acker, wenn die Leute fehlten, die ihn bestellen sollten, und was nutze die reichste Ernte, wenn niemand da sei, der sie einbringen könne. Aber mit Sorgen und Klagen ist es auch nicht getthan; wenn Abhilfe geschaffen werden solle, dann möge der Landwirth zunächst an seine eigene Brust klopfen und an die Kraft seines Willens und seiner Arme appelliren. Nur dann werde er einen sichtbaren Erfolg erringen. Stets nur Klagen, nur Worte anwenden, helfe nichts. Besser als Silber und Gold sei die That. — Die agrarischen Blätter werden nicht schlecht über Herrn Winzer herfallen.

* Sämmtliche Weberinnungen der sächsischen Industriebezirke beschlossen die Abfendung einer Massenpetition an den Reichstag und Bundesrath um Aufhebung der Beitragspflicht der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Invaliditäts-Versicherung und deren Uebertragung auf eine Reichseinkommensteuer. — Es bedarf keiner besonderen Betonung, daß die Innungen eine Absicht verfolgen, an deren Verwirklichung in absehbarer Zeit nicht zu denken ist und gegen die zum mindesten eben so viel Gründe sprechen, wie für dieselbe ins Feld geführt werden können.

* Der Deutsche Kriegerbund, welcher etwa 1½ Millionen Mitglieder zählt, beabsichtigt am 18. Januar 1901, als dem 200. Gründungstag des Königreichs Preußen, dem Kaiser den Ertrag einer unter den Mitgliedern veranstalteten Sammlung zu überreichen mit der Bitte, daß der Kaiser die Gabe zu einer patriotischen Stiftung verwenden möge.

Volkswirthschaftliches.

* Bekanntlich hat die jüngste Novelle zur Gewerbeordnung den obligatorischen Ladenschluß um 9 Uhr abends angeordnet und den Schluß um 8 Uhr von einer Abstimmung der Ladeninhaber abhängig gemacht. Ueber die bisherigen diesbezüglichen Verhandlungen giebt die „Soziale Praxis" folgende Uebersicht:

In Berlin, Leipzig, Breslau und anderen Orten findet die Bewegung für den 8 Uhr-Ladenschluß großen Anklang. Auch in Mainz unter dem Vorsitze des Präsidenten des Vereins Mainzer Kaufleute, Landtagsabgeordneten Mosthan, tagte dort am 18. v. M. eine Versammlung der Vorstände der kaufmännischen Vereine von Mainz. Es wurde nach eingehender Erörterung einstimmig folgende Resolution angenommen: „Die Vorstände der kaufmännischen Vereine hiesiger Stadt erachten es für durchaus wünschenswerth, daß am 1. Oktober d. J. der allgemeine Ladenschluß auf 8 Uhr festgesetzt wird. Sie beauftragen den Verein Mainzer Kaufleute, mittels einer bei den hiesigen Ladeninhabern zirkulirenden Liste die Zustimmung der Interessenten hierzu einzuholen." Während in Barmen der Ladenbesitzerverein für den Achtuhr-Ladenschluß ist, schlägt die Elberfeld-Barmer Innung eine Uebergangsform vor, der Art, daß vom 1. Oktober bis 1. Januar die Ladenkasse um 9 Uhr, bis 1. Mai 1901 um ½ 9 Uhr, und von da ab um 8 Uhr geschlossen werden sollen. Auch die kaufmännische Innung zu Göttingen neigt vorläufig der Einführung erst des ½ 9 Uhr-Ladenschlusses zu. Unter Feststellung von Ausnahmen sprachen sich in Zwickau einstimmig 240 Ladenbesitzer für den Achtuhr-Schluß durch Ortsstatut aus. In Hannover macht sich die Bewegung ebenfalls geltend; Zuschriften aus Kreisen der Ladenbesitzer in dortigen Blättern treten warm für den früheren Schluß ein. Bemerkenswerth ist, daß, von einigen Ausnahmen abgesehen, auch die Ladeninhaber in gleicher Weise wie die Handlungsgehilfen sich für den Achtuhr-Ladenschluß aussprechen.

Dies läßt also hoffen, daß der Achtuhr-Ladenschluß bald die Regel, nicht die Ausnahme sein wird.

* Vom Ausschuß für die Errichtung einer Reichshandelsstelle wird uns geschrieben: „Gegenwärtig geht durch die Presse die Nachricht, daß die Errichtung einer Reichshandelsstelle infolge des Widerstandes einiger größerer Handelskammern und der Ablehnung seitens des Staatssekretärs des Auswärtigen in Frage gestellt sei. Thatsächlich hängt die Errichtung der Reichshandelsstelle keineswegs ausschließlich von der Stellungnahme der Handelskammern ab, welche sich ja auch auf der letzten Plenarversammlung des Deutschen Handelstages in der Mehrzahl grundsätzlich bereits für die Verfolgung der Angelegenheit ausgesprochen haben, sondern der Ausschuß für die Errichtung einer Reichshandelsstelle hat beschlossen, auch für den Fall, daß wider Erwarten der Deutsche Handelstag seine Mitwirkung verlagen sollte, im Interesse der Industrielleen Deutschlands den Plan doch zur Ausführung zu bringen. Auch hat der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in der Budgetkommission nicht, wie angegeben, die Errichtung einer Reichshandelsstelle bekämpft, sondern vielmehr die Errichtung von deutschen Handelskammern im Auslande. Das Auswärtige Amt steht den Bestrebungen für die Errichtung einer Reichshandelsstelle insofern nahe, als der Staatssekretär Graf von Bülow erst vor kurzem einen Delegirten aus dem Auswärtigen Amt in diesen Ausschuß entsandt und die sämmtlichen deutschen Konsulatsämter angewiesen hat, Material für den Ausschuß zu beschaffen. Der Ausschuß für die Errichtung einer Reichshandelsstelle tritt noch Ende dieses Monats zusammen, um den endgiltigen Grundplan festzustellen und unabhängig von der vom Deutschen Handelstage veranstalteten Umfrage bei den deutschen Handelskammern bei den freien Vereinigungen von Industrie und Handel und im besonderen bei den Industriellen Deutschlands weitere Schritte in dieser Angelegenheit zu thun."

—c. Seit einiger Zeit ist man auch in Rußland mit den Vorbereitungsarbeiten für die Erneuerung der Handelsverträge beschäftigt. Da Einrichtungen wie unsere Handels- und Landwirthschaftskammern, unsere Fachverbände und freien Interessenten-Vereinigungen in Rußland nicht bestehen, beschränkt sich die Aktion auf die Thätigkeit der Reichsregierung. Dieselbe beabsichtigt jedoch keineswegs ohne engere Fühlung mit den Interessentenkreisen vorzugehen. Wie die deutsche „Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen" erfährt, ist neuerdings in Rußland nach dem Vorbild des „Wirthschaftlichen Ausschusses" in Deutschland eine Sachverständigen-Kommission gebildet worden, deren berathendes Votum den zuständigen Centralbehörden in allen einschlägigen Fragen eingeholt wird. Formell ist die Aktion der Regierung eine mehr centralisirte als bei uns. Um die Einheitlichkeit der Regierungsarbeit zu fördern, ist die Thätigkeit des bisherigen Departements für Handel und Manufakturen, welches etwa unserem Handelsministerium entspracb, vollständig dem Finanzministerium unterstellt worden, das zu diesem Zweck in vier Abtheilungen gegliedert ist. Die eigentliche Vorbereitung der Handelsverträge liegt jedoch nicht in Händen des Finanzministers, sondern ist dem — als Autor werthvoller nationalökonomischer Schriften wohlbekannten — Geheimen Staatsrath v. Kowalewski übergeben, welcher voraussichtlich auch die Leitung der späteren Vertragsverhandlungen behalten wird.

Kirche und Schule.

* Der „Germania" zufolge wurde die Mission, die seit voriger Woche von Lazaristenpatres in Bensberg abgehalten wurde, durch die königliche Regierung zu Köln inhibirt. Alle Gegenvorstellungen sollen erfolglos gewesen sein. — Wahrscheinlich wird die Mission mit dem Jesuitengesetz kollidiren, oder sollte in der Maßregel eine Antwort der Regierung auf den agressiven Ton der Bonner Katholikenversammlung zu erblicken sein?

* Zu einem Denkmal für den verewigten Minister Dr. Falk geht von juristischer Seite ein Aufruf aus. Auch die Lehrerschaft will sich an dem Werk betheiligen: Der geschäftsführende Ausschuß des deutschen Lehrervereins hat beschlossen, sich mit der Leitung des Preußischen Lehrer-Vereins in Verbindung zu setzen, um ein geschlossenes Vorgehen der gesammten Lehrerschaft zu sichern.

Parlamentarisches.

-th. Der preußische Landtag wird im Januar 1901 zu seiner neuen Tagung zusammentreten. Am Staatshaushaltsetat wird im Finanzministerium vermittelst Verhandlungen mit den anderen Ressorts gearbeitet. Ueber die Einbringung der Kanalvorlage ist offiziell noch nichts beschlossen.

Soziale Angelegenheiten.

Es ist bekannt, daß die Invalidenrentenzahlungen einen immer größeren Vorsprung gegenüber den Altersrentenzahlungen gewinnen. Während die ersteren im Jahre 1898 noch 56 Prozent der Rentenzahlungen überhaupt ausmachten, waren sie 1899 auf 61 Prozent gestiegen. Insgesammt wurden im Jahre 1899 an Renten 69,7 Millionen Mark gezahlt, wovon 26,88 auf die Alters- und 42,83 Millionen auf die Invalidenrenten entfielen. Von den Altersrentenzahlungen sind vom Reiche 10,3 Millionen erstattet worden, so daß auf die Versicherungsanstalten noch 16,6 Millionen Mark entfielen. Der Antheil des Reiches betrug danach nicht weniger als 62 Prozent des Antheils der Versicherungsanstalten. Von den Invalidenrentenzahlungen wurden vom Reiche 16,6 Millionen erstattet, sodaß auf die Versicherungsanstalten 26,2 Millionen kommen. Hier hat der Antheil des Reiches sogar die Höhe von 64 Proz. des Antheils der Versicherungsanstalten erreicht. Im ganzen trugen von den 69,7 Millionen Rentenzahlungen das Reich 26,93 und die Versicherungsanstalten 42,72 Millionen Mark. Der Antheil des Reiches stellt sich demgemäß auf etwa 63 Proz. des Antheils der Versicherungsanstalten. Von den Gesammtrentenkosten trugen das Reich 38,6 Prozent und die Versicherungsanstalten 61,4 Prozent. Legt man bei einer Vergleichung der Belastung der einzelnen Bundesstaaten die Zahl der versicherungspflichtigen Personen zu Grunde, so entfallen für Preußen auf den Kopf der Versicherten von den gesammten Rentenzahlungen 6,49 Mark, vom Reichszuschuß 2,53 Mark, für Bayern 4,81 Mark mit 1,91 M., für Sachsen 5,12 und 1,84 M., für Württemberg 6,11 und 2,40 M., für Baden 4,91 und 1,88 M., für Hessen 4,31 und 1,64 M., für die beiden Mecklenburg 6,99 und 2,68 M., für Thüringen 4,44 und 1,73 M., für Oldenburg 4,20 und 1,63 M., für Braunschweig 4,73 und 1,75 M., für die Hansestädte 3,79 und 1,29 M. und für Elsaß-Lothringen 4,89 und 1,77 M. Für das ganze Reich stellte sich das Verhältniß auf 5,90 M. von den Rentenzahlungen und auf 2,28 M. vom Reichszuschuß. Von den preußischen Anstalten nahmen an dem Reichszuschuß theil: Ostpreußen mit 4,10 M., Westpreußen mit 2,93 M., Berlin mit 0,98 M., Brandenburg mit 2,56, Pommern mit 2,72, Posen mit 2,91, Schlesien mit 3,06, Sachsen-Anhalt mit 2,15, Schleswig-Holstein mit 3,36, Hannover mit 2,86, Westfalen mit 2,15, Hessen-Nassau mit 1,73 und Rheinprovinz mit 2,18 Mark.

Heer und Flotte.

* S. M. S. „Tiger", Kommandant Korvetten-Kapitän von Mittelstädt, ist am 8. September in Swatow eingetroffen und beabsichtigt am 11. September nach Hongkong in See zu gehen. S. M. S. „Luchs", Kommandant Korvetten-Kapitän Dähnhardt, ist am 9. September in Canton, S. M. S. „Schwalbe", Kommandant Korvetten-Kapitän Börner, am 8. September in Foochow, S. M. S. „Möve", Kommandant Korvetten-Kapitän Dinbar, letzteres am 7. September in Rockhampton angekommen und am 8. September nach Sydney in See gegangen.

41. Allgemeiner Genossenschaftstag der deutschen Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften.

III.

S. & H. Hannover, 9. Sept.

Bei Beginn des letzten Verhandlungstages am Sonnabend erstattete Verbandsdirektor Oppermann-Magdeburg Bericht über die erfolgte Prüfung der Jahresrechnung. Daran anschließend wurden die Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1900/1901 festgestellt. Ueber die Thätigkeit des „Engeren Ausschusses" berichtete hierauf der Vorsitzende desselben, Probst-München, über die Gestaltung der Hilfskasse Verbandssekretär Häntschke-Charlottenburg, und über die Ruhegehaltskasse deutscher Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften Direktor Stiben-Berlin.

Hierauf schlossen sich Wahlen; wiedergewählt wurden die drei ausscheidenden Mitglieder des Engeren Ausschusses: Justizrath Wolski-Allenstein, Dr. Albert-Wiesbaden und Finck-Karlsruhe; ferner die aus dem Vorstande der Hilfskasse ausscheidenden drei Mitglieder: Probst-München, Diehls-Kassel und Schippel-Meiningen. Als Ort zur Abhaltung der nächstjährigen Genossenschaftstages wurde Baden-Baden gewählt.

Die Besprechung der heutigen Lage der Handwerksgenossenschaften leitete der Vorsitzende des Handels- und Gewerbevereins zu Kassel, Nuetz, mit einem längeren Vortrage ein, in welchem er die Förderung der technischen und kaufmännischen Vorbildung und die Einrichtung von Verkaufsgenossenschaften und Rohstoff-, Handwerkszeug- und Maschinen-Einkaufsgenossenschaften empfahl, die dem Handwerk von großem Nutzen sein würden; zugleich empfahl er den folgenden Antrag des engeren Ausschusses: „Da die Organisation des Handwerks sich im wesentlichen vollzogen hat und die Handwerkskammern sowie deren Unterorgane (Innungen, Gewerbevereine), denen die Begutachtung vorzulegen wurden, gemeinschaftliche Geschäftsbetriebe einzurichten oder doch derartige Einrichtungen zu unterstützen, in Thätigkeit getreten sind, so hält es der Allgemeine Genossenschaftstag für seine Pflicht, wiederholt auf die hohe Bedeutung des Genossenschaftswesens für die Erhaltung, Förderung und Kräftigung des Handwerks hinzuweisen, und empfiehlt den Vorstandsmitgliedern der Unterverbände und der einzelnen Genossenschaften unseres Verbandes, die Vorstände der Handwerkskammern und der verschiedenen gewerblichen Verbände (Innungen und Gewerbevereine) auf die Aufgaben, den Zweck und die Ziele der Handwerkergenossenschaften hinzuweisen, ihnen bei Bildung von Genossenschaften mit Rath und That dalzustehen und sie in jeder Weise, auch in geschäftlicher Beziehung, thatkräftig zu unterstützen." Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

In der Berathung folgte der Antrag des Gesammtausschusses: „In Erwägung, daß der Stand der Kleinhändler aus sich selbst heraus Mittel und Wege finden muß, seine wirthschaftliche Stellung gegenüber der Konkurrenz des großkapitalistischen Betriebes und der verschiedenen distributiven Genossenschaftsarten zu festigen, erklärt der Allgemeine Genossenschaftstag: Für den Stand der Kleinkaufleute empfiehlt sich neben der erforderlichen kaufmännischen Vorbildung der Anschluß an Kreditgenossenschaften und die Bildung von Einkaufsgenossenschaften, um die Vortheile zu verwerthen, welche die genossenschaftliche Organisation, insbesondere für die Beschaffung des Betriebskapitals und den gemeinschaftlichen Waarenein kauf, bietet." Der Antrag wurde nach längerer Diskussion mit allen gegen sechs Stimmen angenommen.

Darauf wurde der 41. Verbandstag unter den üblichen Dankesbezeugungen durch den Vorsitzenden, Verbandsdirektor Klinkert-Breslau, geschlossen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000910012/fragment/page=0002

Ausland.

Die Wirren in China.

Soweit es bisher möglich ist, die Haltung der Mächte und Regierungen dem Vorschlage Rußlands gegenüber zu beurtheilen und Folgerungen daraus zu ziehen, befestigt sich die Ueberzeugung, daß die

Räumung Pekings

allseitig abgelehnt werden wird, obgleich aus angeblich zuverlässiger Petersburger Quelle behauptet wird, Rußland sei keineswegs gewillt, den Entschluß, seine Truppen aus Peking zurückzuziehen, aufzugeben. Das jüngste Rundschreiben bleibe in Kraft. Rußland habe eine neue Note an das Berliner Kabinet gerichtet, worin es auf den Vorschlag, Peking zu räumen, beharrt. Rußland, so werde darin ausgeführt, habe durchaus keinen Grund, die Interessen anderer Mächte in China zu pflegen, sondern müsse die traditionellen freundlichen Beziehungen zwischen dem russischen und dem chinesischen Reiche aufrecht halten.

Was an dieser Nachricht den Thatsachen entspricht, läßt sich noch nicht ermessen, immerhin ist es wohl angebracht, darauf hinzuweisen, daß, obgleich in dem der ersten russischen Note angefügten Cirkular gesagt war, die diplomatischen und militärischen Beamten des Zaren in Peking seien beauftragt worden, prompt für die Ausführung der kaiserlichen Absichten bezüglich Ueberführung aller Mitglieder der kaiserlichen Gesandtschaft zusammen mit den russischen Unterthanen und der Abtheilung russischer Truppen von Peking nach Tientsin thätig zu sein, bisher noch nichts davon verlautet, daß auch nur ein einziger russischer Soldat zurückgezogen sei.

Die Haltung Englands,

auf die sehr viel ankommt, dürfte, obgleich die Note Rußlands noch nicht beantwortet ist, mit derjenigen Deutschlands völlig konform sein. Der Staatssekretär für Indien, Hamilton, hielt am Freitag in Wolverhampton eine Rede, in welcher er ausführte, die Chinesen seien eine schwer zu behandelnde Nation. Es wäre wesentlich, nichts zu thun, was den Anschein des Aufgebens eines errungenen Vortheils oder des Zurückweichens aus einer gewonnenen Stellung erwecken könnte. Der Redner versicherte seinen Zuhörern, wenn von irgend einer der Mächte ein derartiger Vorschlag gemacht werden sollte, so würde die britische Regierung keinen Antheil daran nehmen. Ferner sprach sich in einer in Blagdon gehaltenen Rede der Staatssekretär des Innern, Ridley, dahin aus, daß keine Ordnung der Dinge in China für befriedigend angesehen werden würde, welche den Anschein erwecken könnte, als ob China gesiegt habe. England müßte auf der Sühne der unerhörtesten Schmach des Jahrhunderts bestehen; es wollte nicht, daß eine fremde Macht in China errichtet würde, aber es wünschte eine Regierung zu sehen, die genügend stark wäre, um die Integrität der Verträge aufrecht zu erhalten. Der Minister sprach die Hoffnung aus, daß dies durch die Mächte, die im Einvernehmen miteinander vorgingen, erreicht würde, im Nothfalle aber müßte England auf seine eigene Verantwortung hin handeln.

Die Entschiedenheit, welche aus diesen Auslassungen spricht, ist immerhin bemerkenswerth, doch bleibt abzuwarten, ob sie einem

Kompromißvorschlag der Vereinigten Staaten von Nordamerika

standhalten wird, der nach Blättermeldungen aus New York in Aussicht steht und über welchen folgendes gemeldet wird:

Während gewisse Meldungen aus Washington andeuten, daß die Vereinigten Staaten ihre Truppen aus Peking zurückziehen würden, da sie sähen, daß wegen des Verhaltens Rußlands eine Einigkeit unter den Mächten unmöglich sei, sagt die oft gut unterrichtete „Tribune", die Bemühungen Amerikas, eine Einigkeit unter den Mächten zu erzielen, versprächen Erfolg. Die Frage einer Wiederauslieferung Pekings an die bisher dort herrschende Anarchie sehe Amerika als zu bedenklich an, als daß man sie überhaupt in Erwägung ziehen könne. Der amerikanische Plan bestimme, daß wieder Schutzwachen für die Gesandtschaften in Peking in Stärke von etwa 1000 Mann gebildet würden, daß ferner außerhalb der Mauern Pekings noch 2500 Mann liegen sollten, um jene 1000 Mann schnell verstärken zu können, und daß schließlich in Tientsin 20,000 Mann stationirt werden sollten. Die „Tribune" behauptet, zu wissen, daß Rußland bereit sei, diesem Plan zuzustimmen. Das einzige Hinderniß gegen eine sofortige Eröffnung von Verhandlungen mit der chinesischen Regierung bilde die Unmöglichkeit, mit den verantwortlichen chinesischen Beamten in Verbindung zu treten. Dem werde aber abgeholfen werden, sobald die Thatsache amtlich bekannt gegeben sei, daß die Mächte wieder vollkommen einig seien. Letzteres werde binnen wenigen Tagen erwartet.

Die Situation in Peking

ist unverändert. Eine Depesche des französischen Gesandten Pichon vom 28. August besagt:

„Das diplomatische Corps, begleitet von Abtheilungen der internationalen Truppen, begab sich heute in den Kaiserpalast und wurde empfangen durch Beamte, unter denen sich mehrere Minister oder Mitglieder des Tsungli-Yamen befanden. Die Truppen machten lediglich einen Vorbeimarsch. Alles ist sehr gut verlaufen. Nachdem wir den Palast verlassen hatten, wurden die Thore geschlossen; die Truppenabtheilungen schlossen sich ihren Verbänden wieder an. In Peking befindet sich kein Mitglied der kaiserlichen Familie. Ich hoffe, daß meine früheren Telegramme an Sie gelangt sind, eine Antwort hat mich nicht erreicht. Ich fürchte, daß die Verbindung zwischen Tschifu und Shanghai unterbrochen ist."

Ein anderes, über Tokio befördertes Telegramm aus Peking vom 1. September berichtet, daß angeblich Yulu mit seiner ganzen Familie nach seiner Niederlage in Peitsang Selbstmord begangen haben soll, desgleichen Hsu-tou, während Liping-heng während des Gefechtes von Tsungschau getödtet worden sei. Der Aufenthalt des Prinzen Tuan sei unbekannt. Es sei nunmehr festgestellt, daß der Kaiser in Hsianhsu-fu (nordwestlich von Peking) ist. Wie das Telegramm weiter berichtet, wurden am 29. August von den Verbündeten Patrouillen nordwärts nach Tschang-ping und südwärts nach Lu-kou-kiao entsandt, die meldeten, daß alles ruhig ist.

Prinz Tsching

ist in Peking eingetroffen, von einer Abtheilung japanischer Kavallerie von Tsching-ho aus geleitet. Da die japanischen Truppen den Stadtbezirk einnehmen, in welchem seine Residenz liegt, so wird er von ihnen bewacht. Die Residenz anderer Prinzen wird ähnlich durch die Truppen der Verbündeten bewacht, welche die ihnen zugetheilten Bezirke besetzt halten. In Anbetracht der ernsten Lage soll der Kaiser von China dem Prinzen Tsching befohlen haben, sich sofort nach der Hauptstadt zu begeben, um die Schwierigkeiten zu lösen.

Aus Canton.

Der stellvertretende Vicekönig von Canton, Tak-fu, erhielt ein kaiserliches Edikt, in welchem der Kaiser sich selbst beschuldigt, verursacht zu haben, daß die Dinge sich bis zu der jetzigen verzweifelten Krisis entwickelt hätten und alle Vicekönige und Gouverneure anweist, den Frieden überall aufrecht zu erhalten, die Aufrührer zu bestrafen und die Ausländer und die christlichen Chinesen vor aller Gefahr zu schützen. — Die kaiserlichen Edikte widersprechen sich fortgesetzt derart, daß man ihnen kaum noch Glauben schenken kann.

Die russischen Operationen in der Mandschurei

dauern noch immer an, was ein eigenthümliches Licht auf das Verhalten Rußlands hinsichtlich Pekings wirft. Der Petersburger „Regierungsbote" meldet nämlich: Nach der Einnahme des Tschingan-passes erreichte das Detachement des Generals Orlow Dschalundu, wo ein Raststag gemacht wurde. Bei dem weiteren Vorrücken gegen Tsitsikar am 30. vor. Mts. erschienen Parlamentäre des Generalgouverneurs von Tsitsikar und baten um Frieden. General Orlow schickte die Parlamentäre zurück, empfahl der Bevölkerung, die Waffen auszuliefern, und versicherte, daß jeder an seinem Platze bleiben könne. Die Kavallerie Orlow's und die reitende Batterie gewann Fühlung mit dem Detachement des Generals Rennenkampf und besserte mit Hilfe von Ingenieuren die von den Chinesen zerstörte Brücke über den Nonni-Fluß aus, an welchem das Detachement am 2. d. eintreffen gedachte.

Schweden und Norwegen.

Die Wahlmännerwahlen zum Storthing haben nach den bisher vorliegenden Meldungen die Wahl von 69 Mitgliedern der Linken, 33 Mitgliedern der Rechten und einem Gemäßigten ergeben. Die Linke hat 13 Sitze gewonnen und 15 Sitze verloren, die Rechte somit bisher 2 Sitze mehr erlangt als im Jahre 1898. Für 12 Sitze stehen die Wahlen noch aus.

Frankreich.

Als Ersatz für den in Wegfall gekommenen Besuch des Zaren auf der Pariser Weltausstellung hat sich der Oheim des Kaisers von Rußland, Großfürst Alexis, nach Paris begeben.

Spanien.

Es heißt, Ministerpräsident Silvela habe bei Gelegenheit einer Rede an Bord der Fregatte „Asturias" geäußert: „Wir werden trotzalledem eine Flotte schaffen." Diese Redewendung, welche lebhaft besprochen wird, findet sich in der offiziellen Verlautbarung der Ausführungen Silvela's jedoch nicht.

In dem nächsten Ministerrathe werden die konstitutionellen Garantien in Madrid, Valencia und Barcelona wiederhergestellt werden. In Santander wurde am Sonnabend eine Anzahl verdächtiger Individuen in Haft genommen.

Serbien.

Die serbische Königsfamilie empfindet wieder einmal das Bedürfniß ihre schmutzige Wäsche vor den Augen aller Welt zu waschen. Nachdem König Alexander erst am Sonnabend in einer ebenso pikanten wie ungewöhnlichen Kundgebung die aufhorchende Menschheit über das Befinden seiner Gattin unterrichtet hatte, geruht die serbische Majestät heute, sich mit ihr durchlauchtigsten Mutter, der Ex-Königin Natalie, vor aller Oeffentlichkeit herumzuzanken. Das Amtsblatt veröffentlicht nämlich folgende Bekanntmachung: Der König hat sowohl in seiner Proklamation vom 8. Juli als in seinen Reden, die er seither gehalten hat, auf das Nachdrücklichste betont, er werde es nicht mehr zugeben, daß um das Königshaus Ränke geschmiedet werden, daß es sein fester Wille sei, solche Ränke als verräterische, gegen ihn und das Vaterland gerichtete Unternehmungen vom Königshause fernzuhalten. Trotzdem wurden seither nach dieser Richtung einzelne Versuche gemacht, über die jedoch der König mit Verachtung hinwegging. Vor einigen Tagen hat jedoch die gewesene Königin Natalie ihrem hier wohnenden Hofmarschall eine offene Postkarte gesandt, in welcher sie das Königspaar in den verletzendsten und niedrigsten Ausdrücken angreift. Infolgedessen wird im Auftrage des Königs hiermit bekannt gegeben, daß alle Intriguen und alle Kundgebungen, welche den Zweck verfolgen, das Königshaus zu unterwühlen, als verräterische Unternehmen betrachtet werden, mögen sie von welcher Seite auch immer kommen und wen immer zum Urheber haben. Diejenigen, welche darauf ausgehen, die Ruhe und den Frieden, die sowohl Serbien als seinem König so sehr am Herzen liegen, irgendwie zu stören, dürften sich keinerlei Illusionen hingeben darüber, daß ihnen gegenüber so verfahren werden wird, wie Verräthern und Aufwieglern gegenüber verfahren werden muß.

Was mag Natalie wohl über ihr Söhnchen und gar erst über ihre Schwiegertochter auf die offene Postkarte geschrieben haben! In der That: eine „feine Familie", diese Obrenowitsch!

Im übrigen hat der Zar wieder einmal einen Schritt gethan, um das wankende Ansehen Alexander's ein wenig zu festigen. Er richtete ein Handschreiben an Alexander, das folgenden Wortlaut hat:

„Mein Herr Bruder!

Mit außerordentlicher Befriedigung erhielt ich aus Ihrem Briefe Kenntniß von der Vermählung Eurer Majestät mit Frau Draga Lonjewica, Tochter des Herrn Panta Lonjewic und Enkelin des Wojwoden Nicola Lonjewic. Angesichts der Bande der Freundschaft und gelitigen Verwandtschaft, die zwischen Eurer Majestät und Mir bestehen, habe ich an diesem glücklichen Ereigniß lebhaften Antheil genommen und beehle mich Eurer Majestät meine herzlichsten Glückwünsche zum Ausdruck zu bringen. Indem ich diesen Glückwünschen auch noch meine besten Wünsche für das Glück und Wohlergehen Eurer Majestät ebenso wie für das Glück und Wohlergehen Ihrer Majestät der Königin hinzufüge, bitte ich Sie abermals die Versicherung meiner Hochachtung entgegenzunehmen, mit der ich verbleibe Eurer Majestät meines Herrn Bruders guter Bruder.

Nikolaus."

Nordamerika.

Der Streik der Hartkohlenarbeiter in Pennsylvanien erscheint unvermeidlich, da, wie wir bereits mittheilten, die Bergwerksbesitzer die Annahme eines Schiedsgerichts verweigerten. Die Arbeiter verlangen, daß die Arbeitgeber das Sprengmaterial, das 90 Cents kostet und das sie jetzt für den dreifachen Preis verkaufen, ihnen mit geringerem Profit überlassen, ferner daß das Compagnieladen abgeschafft, sowie die Löhne vierzehntägig statt monatlich gezahlt werden und daß der bisherige für die Arbeiter ungünstige Wägungsmodus und die Günstlingswirthschaft abgeschafft werden. Mehrere Bahnen, die Hartkohlen konsumiren, dürften in Mitleidenschaft gezogen werden, speziell die Pennsylvania-Lehighvalley-Jerseyer Centralbahn und Ontariobahn. Die Zahl der in Frage kommenden Arbeiter wird auf 100,000—150,000 geschätzt.

Kleine Notizen.

In Triest fand am Sonntag in Anwesenheit des Erzherzogs Friedrich und seiner Gemahlin, der Civil- und Marine-Behörden und einer zahlreichen Menschenmenge der Stapellauf des neuen österreichischen Schlachtschiffes „Habsburg" statt. — Der Erzbischof von Aix (Provence) Gouthe-Soulard ist am Sonntag vormittag gestorben. — In Huddersfield wurde am Sonnabend der Kongreß der Trade Unions geschlossen, nachdem ein Beschlußantrag abgelehnt war, durch den der 1. Mai als allgemeiner Arbeiter-Festtag erklärt werden sollte. — Wie dem „Reuter'schen Bureau" aus Kumassi gemeldet wird, haben zwei Führer der aufständischen Aschantis sich ergeben. Man nimmt an, daß die übrigen diesem Beispiel folgen und daß die Feindseligkeiten ein Ende nehmen werden.

Schiffsnachrichten.

Bremen, 7. Sept. Bewegungen der Dampfer des Norddeutschen Lloyd. Prinz-Regent Luitpold 6. von Fremantle nach Bremen. Stuttgart von Ostasien, 6. in Hamburg. Bayern 6. von Rotterdam nach Ostasien. Sachsen nach Ostasien bestimmt, 7. in Colombo. Grosser Kurfürst 6. von New York nach Bremen. Lord Antrim 5. von Baltimore nach der Weser. Aachen mit dem Truppentransport nach Ostasien bestimmt, 6. in Hongkong. Wittenberg von Ostasien, 5. in Suez. König Albert von Ostasien, 6. in Neapel. Hannover mit dem Truppentransport nach Ostasien best., 6. Dover passirt. Kaiserin Maria Theresia nach New York bestimmt, 6. Scilly passirt. Heidelberg 6. von Antwerpen nach dem La Plata. Norderney nach Ostasien bestimmt, 6. Borkum Riff pass. Kaiser Wilhelm II. 6. von Genua nach New York. Hogland 6. von Antwerpen nach Oporto.

Bremen, 8. Sept. Kaiser Wilhelm II. nach New York bestimmt, 7. in Neapel. Bayern nach Ostasien bestimmt, 7. in Antwerpen. Weimar 7. von Colombo nach Aden. König Albert 6. von Neapel nach Genua. Hannover mit dem Truppentransport nach Ostasien bestimmt, 7. Quessant passirt. Trave 7. in New York. Heidelberg nach dem La Plata bestimmt, 7. Dover passirt. Grosser Kurfürst 6. von New York nach der Weser. Stuttgart von Ostasien, 6. in Hamburg. Sachsen nach Ostasien bestimmt, 7. in Colombo. Königsberg nach Ostasien bestimmt, 6. in Penang. Holgoland 7. von Baltimore nach Galveston. Roland, Krefeld und Valdivia mit dem Truppentransport nach Ostasien bestimmt, 7. Borkum Riff passirt.

Den Eingang sämmtlicher **Neuheiten** für Herbst und Winter in

Knaben- und Mädchen-Kleidung

für jedes Alter beehren sich anzuzeigen.

Kinderwagen. **Kinderbettstellen.**

Neu aufgenommen: **Damen-Blousen, Radfahr- und Reform-Beinkleider** für Damen und Kinder.

Geschw. Jüdel, Halle a. S., 101 Leipziger Str. 101

Fernsprecher Nr. 647.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000910012/fragment/page=0003

Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft,

Ingenieur-Bureau, Halle a. S.

Leipziger Str. 5, I. **Leipziger Str. 5, I.**

liefert Anlagen für

Elektr. Beleuchtung und Krafttübertragung

in jedem Umfange
und empfiehlt sich besonders für

Elektromotore und Haus-Installationen

entsprechend den Vorschriften des städtischen Elektricitäts-Werkes.
Kostenanschläge gratis. Feinste Referenzen.

F. Wolff, Färberei und chem. Wasch-Anstalt

mit Dampfbetrieb.

Läden: Gr. Steinstr. 36, gegenüber den Königl. Kliniken und Alter Markt 2, Nähe Schmeerstraße. Fabrik: Krauenstraße.

Specialität im chemisch. Reinigen von Damen- u. Herrenkleidern, Ball- und Gesellschafts-Garderoben jeder Art. Chem. Reinigung von Portieren, Teppichen, Stickereien 2c., Wäscherei u. Appreteur für Gardinen. Färberei für Damen- u. Herren-Garderoben, Zertrennt u. ungetrennt, sowie für Möbelstoffe, Portieren 2c. in den brillantesten Farben; Ausdämpfen von Sammet- und Plüsch-Garderoben in sachgemäßer Ausführung. Auch werden Sammet-Garderoben u. Möbelplüsche in den feinsten Deffins gepreßt. Fachmännische Leitung. Schnellste Rücklieferung. Mäßige Preisstellung.

Frauen-Industrie- und Kunstgew.-Schule,

akademische Lehranstalt I. Ranges
für modernste Damenschneiderei und Wäsche-Confection, älteste und bestrenommirte am Platze.
Halle a. S., Alte Promenade 35, der Hauptpost schrägüber.
Curse neben **Schneidern** und **Weissnähen** in **Putz, Klöppeln,** allen **Kunsthandarbeiten, fremden Sprachen, Malen etc.**
Prospecte gratis u. franco durch die Vorsteherin Frl. **Clara Martini.**
Malunterricht findet zweimal wöchentlich statt.

Umzugsgelegenheit.

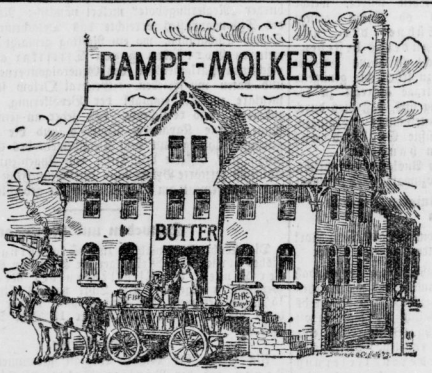
Den 12. d. M. geht ein Möbelwagen leer v. Halle nach Teutschenthal
„ 16. „ „ „ „ „ Nienburg b/Halberstadt u. Halle
„ 22. „ „ „ „ „ Halle nach Stadt Mansfeld
„ 26. „ „ „ „ „ Stadt Landshut nach Halle.
Ladung dazu nimmt entgegen **O. Schlemmer, Halberstädter Str. 9.**

Flügel und Pianinos

empfiehlt in selten grosser Auswahl aus den vornehmsten Fabriken: **Steinway, Schwechten, Kaps, Franke, Ritmüller, Kuhse, Weissbrod** etc.
zu Originalfabrikpreisen
H. Lüders, Mittelstr. 9/10, neben Monopol, früher Pianofabrik Zeitz.

Polnisch Kiefern-Kreuzhölzer und Stollen

2/2" 2/3" 2½/2½" 3/3" 3/4" 4/4" 4/5" 5/5" 5/6" 6/6" □ stark, 3–8 m lang, astrein, offerirt
Holzhandlung **Carl Schumann, Halle a. S.**



Vorzügliche Molkerei-Butter das Pfd. 110 Pfg.
Schweizerkäse das Pfd. 72 Pfg.

Gr. Ulrichstr. 40. Leipz. Str. 23. Alter Markt 18. **F. H. Krause,** Gr. Steinstr. 42. Thomasiusst. 40. Steinweg 24.

Gr. Ulrichstraße 37.

Aug. Weddy

liefert auf
Yost-Maschine
Schreibarbeiten und **Vervielfältigungen.**
Unterricht Mk. 20 — bei Ankauf einer Maschine gratis.

Berndorfer Alpacca-Silber-

Bestecke und Tafel-Geräthe.

Vollkommenster Ersatz für echtes Silber.
Verkaufsstelle:
Wilh. Heckert,
Große Ulrichstraße 62.

Möbel-Etablissement

M. Resch

Halle a. S.,
Leipziger Str. 11 (Eing. im Laden),
Verkaufsräume befinden sich **I., II. u. III. Etage.**
Specialgeschäft completter

Wohnungs-Einrichtungen v. 200–6000 Mk.

Salon.

1 hochel. Plüschgarn. od. Paneelf.		ℳ 130.
1 „ nußb. Salon-Vertico	„	60.
1 „ „ Salontisch	„	22.
1 „ „ gr. Säulen-Trumeau mit Fas.	„	55.
4 moderne Rohrlehnstühle	„	24.

Wohnzimmer.

1 Kleiderkredenz mit Muschel	„	35.
1 Speisetisch mit Ausziehen	„	22.
1 gr. Pfeilerfp. m. Schränkch.	„	35.
1 gute Ottomane mit Rippsbez.	„	50.
4 Stühle mit Rohrsitz	„	14.
1 Servirtisch	„	10.

Schlafzimmer.

2 franz Bettst. mit Sprungf.-Matratze und Keilkissen	„	88.
1 Waschtisch mit Marmorplatte	„	32.
1 Waschtischspiegel	„	3.
1 compl. Kücheneinrichtung	„	40.
Alles zusammen für		ℳ 620

Sämmtliche Möbel werden zu selben Preis auch einzeln abgegeben. Trotz der billigen Preise langjähr. Garantie. Gekaufte Möbel werden unentgeltlich aufbew. u. a. best. Zeit franco geliefert.

Für Hausfrauen.

Gegen **alte Wollsachen** liefert Herren- und Damenkleiderstoffe aller Art, Teppiche, Decken, Strickwolle, Leinen- u. Baumwollwaaren, **seidene Schlafdecken und Portieren** zu billigen Preisen
R. Eichmann, Vallenstedt.
Annahmestelle und Musterlager bei Fr. **Klauss,** Spiegelstraße 2, Fr. **Querfurth,** Landwehrstraße 21.

Nur durch günst. Abschlüsse!

Detailverkauf zu Fabrikpreis
vorzugspreis
unter Gar. nur guter frischer Qual.

Bornscheins beste Qual.		**1,80**
Hallorenn-Cacao Qual. I à Pfd. Mk.		**1,30**
Vorzügl. Misch. daraus à	1,50 u.	1,60
Cacao 00 garant. rein, gute Haush.-Marke à Pfd.		**1,20.**
Hallesch. Hafer-Nähr-Cacao Qual. I		**100 Pfg.**
Marke gef. gesch. Qual. II		**80 Pfg.**

Bei 3 Pfd. alle Sorten Pfd. 5 Pfg. bill.
Nachahmungen 2c. meiner gesetzlich gesch. Marken w. gerichtl. verfolgt.
Meine berühmt. gerösst. ff. Kaffees à Pfd. nur **95 Pfg.**
Schf. Perl- u. Guatemala-Mischung **100 Pfg.**
pro Pfund sind immer noch zu haben.
Die meisten Cacaofabriken u. Kaffee-Importgesch. können diese Vortheile nicht bieten.
Hall. Kaffee- u. Cacao-Vers.-Gesch.
Otto Bornschein,
Mittelstr. 21, neben Gr. Steinstr. 14.

Gravensteiner Aepfel

G. Renneberg,
Charlottenstraße 7.

Auctionen.

Dienstag den 11. September cr. Vorm. 10 Uhr verseigere ich **Bahnhof Teutschenthal** zwangsweise:
8000 Cigarren, 2 Kleiderschränke, 1 Vertico, 1 Plüschsopha, 1 Kommode 2c.
Bietze, Gerichtsvollzieher.

Das große

Stahlwaaren-Versandhaus I. Ranges

von

Gebrüder Rauh, Gräfrath bei Solingen

versendet **umsonst und portofrei** den soeben erschienenen **neuesten sehr reichhaltigen Prachtkatalog mit 1500 Abbildungen** von Tischmesser und Gabeln, Taschenmesser, Rasirmesser, Gemüsemesser, Alpacca- und Britannia-Löffel, Scheeren: Garten- und Nebenscheeren, Wordscheeren, Haarschneidemaschinen, Bügeleisen, Wirthschaftswaagen, Tafel-Einsätze, Kaffeemühlen, Pfeffermühlen, Fleischhackmaschinen, Kartoffelreibmaschinen, Besteck- und Geldkörbe, Korkzieher, Küchenbeile, Hack- und Wiegemesser, Fruchtpressen, Vorhang- und Fahrradschlösser, Laternen, Revolver, Jagdgewehre, Hirschfänger und Dolche, Glaserdiamante, Fernrohre, Feldstecher, Werkzeuge und Werkzeugschränke, Modelldampfmaschinen, Gold- und Silberwaaren, Herren- und Damen-Uhrketten, Broschen und Armbändern, Uhren 2c., Cigarrenspitzen, Pfeifen, Spazierstöcke und Schirme, Lederwaaren, Kämme, Bürstenwaaren, sowie viele sonstige Neuheiten.

Jedes Messer ist mit unserem Firmastempel versehen.

Um Jedermann Gelegenheit zu geben,

sich von der **hervorragenden Qualität** und **Preiswürdigkeit unserer Waaren** zu überzeugen, versenden wir

zur Probe

unter Nachnahme

ein **feines Taschenmesser Nr. 405** wie nebenstehende Zeichnung (sog. Nicker, schließt sich nur durch Druck auf die kleine Klinge), mit 2 aus prima Stahl geschmiedeten Klingen und Korkzieher, echtes Hirschhornheft mit doppelten Neusilberbeschlägen unter Garantie zum Preise von **nur Mk. 1,35 franco;** für Eingravirung eines jeden beliebigen Namens, fein vergoldet und verziert, berechnen wir nur 10 Pfg.

50,000 Stück

von diesen Taschenmessern wurden von uns in kurzer Zeit verkauft.

Unser Katalog enthält ca. 200 verschiedene Taschenmesser, falls vorstehendes Muster nicht gefallen sollte, bitten nach dem Katalog zu wählen.

Zahlreiche Anerkennungen laufen täglich **unaufgefordert** bei uns ein. So schreibt Herr Fleischermeister **Karl Jurich:**
„Vor ungefähr 3 Jahren habe ich ein Rasirmesser gegen Nachnahme von Ihnen bezogen und bin damit **sehr zufrieden.** Da ich nun verschiedene Haushaltungsgegenstände nöthig habe, so bitte ich Sie mir gefälligst Ihren neuesten Hauptkatalog zu senden, damit ich auswählen kann."

Versand gegen Nachnahme oder vorherige Einsendung des Betrages. Was nicht gefällt, nehmen wir zurück, zahlen Betrag **retour oder liefern Ersatz dafür,**
also für den Besteller kein Risiko!

Zuntz Gebrannte Kaffees

sind von **unübertroffenem Wohlgeschmack, Reinheit und Kraft** und rechtfertigen **dauernd ihren Ruf als „erstklassiges Produkt."**

In Preislagen von M. 1,20 bis M. 2,— per ½ Kilo käuflich in den durch Firmenschilder kenntlichen Niederlagen.

„Man achte darauf, daß jedes Packet die volle Firma und Schutzmarke trägt."

David's Mignon-Kakao

pr. Pfd. Mk.: 1,60, 1,80, 2,00 u. 2,40

ist an Reinheit und Wohlgeschmack unübertroffen.

Fr. David Söhne, Halle a. S.

David's Mignon-Kakao ist zu haben bei **Julius Lüderitz,** Harz 29.

Für den Anzeigentheil verantwortlich: W. König in Halle. Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel. Mit 2 Beilagen und Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000910012/fragment/page=0004